

**Lühr Henken**, Friko Berlin, Ko-Sprecher Bundesausschuss Friedensratschlag

Referat Friko Berlin, 8.1.2017

## **Das Weißbuch der Bundeswehr 2016 – Weichenstellung zur strategischen Führungsrolle?**

Das „Weißbuch zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr“ ist im Selbstverständnis der Bundesregierung das „oberste sicherheitspolitische Grundlagendokument Deutschlands.“<sup>1</sup> Wir haben es also mit einem sehr gewichtigen Dokument zu tun. Das letzte Weißbuch von 2006 steckte einen Zeitraum von 10 Jahren ab, das davor war sogar von 1994. Weißbücher werden nach epochalen Einschnitten – oder was man dafür hält - neu formuliert. Das letzte von 2006 nach „9/11“, das von 1994 nach dem Ende der Blockkonfrontation. Bevor wir zur Beantwortung der Frage kommen, wie die Weißbuchverfasser die derzeitige Epoche sehen, würde ich gern nochmal die Geschichte der Bundeswehr in groben Zügen seit 1990/91 Revue passieren lassen.

### **Die Bundeswehr seit 1990**

Seit 1991, nach dem Ende des Ost-West-Gegensatzes, hat die Wehrpflicht-Bundeswehr ihre Personalstärke von damals 500.000 stetig abgebaut. Die derzeitige Umrüstungsphase endet 2017.

Ihr wesentlicher Inhalt: Als Folge der Aussetzung der Wehrpflicht 2011 soll die Soldatenzahl von damals 240.000 auf 175.000 bis 185.000 reduziert werden, darunter 5.000 bis 15.000 Freiwillige. Ziel der Maßnahme ist es, mehr Soldaten im ständigen Auslandseinsatz haben zu können; statt 7.000 künftig 11.000 – also ein stolzes Plus von 57 Prozent. Ministerin von der Leyen will anschließend die Soldatenzahl insgesamt wieder um 10.000 bis 15.000 erhöhen.

1992 fand erstmals ein bewaffneter Bundeswehreininsatz im Ausland statt. Bis dahin hatte es nur humanitäre Einsätze ohne Bewaffnung gegeben. Von den militärischen seit 1992 sind 39 abgeschlossen. Daran waren kurzfristig bis zu 10.000 Soldaten gleichzeitig beteiligt. Aktuell sind es 13 Mandate mit gut 2.800 Soldaten (Stand 2.1.17) auf drei Kontinenten und zwei Meeren. Der Einsatz mit den zurzeit meisten Soldaten ist der in Afghanistan mit knapp 900, gefolgt von den beiden Einsätzen in Mali mit zusammen 660, KFOR im Kosovo mit 510 und Counter Daesh in Syrien und Irak mit 250 Soldaten, dann der EU-Marineinsatz „Sophia“ vor Libyen und UNIFIL vor dem Libanon mit je 100. Die personell kleinsten sind ein EU-Ausbildungseinsatz in Somalia, Beobachtungseinsätze in Darfur, im Süd-Sudan und in der West-Sahara mit Soldatenzahlen zwischen 7 und 15. Insgesamt geht es der Regierung um möglichst viele Einsätze, um sich damit möglichst viel Einfluss zu sichern, aber bei den größeren Einsätzen auch darum, sich vor Ort festzusetzen. So in Afghanistan, aber auch in Nahost und in Nordafrika.

So wird der türkische Luftwaffen-Standort Incirlik für fast 60 Millionen Euro fest ausgebaut, um von dort mit TORNADOS und Tankflugzeugen den Krieg in Syrien und den Irak zu unterstützen und mit dem Luftwaffenstützpunkt in Niamey/Niger eine Dauerbastion für Mali zu haben. Zudem werden Erfahrungen mit Einsätzen in klimatisch heißen Zonen gesammelt.

Begonnen hatte diese Orientierung auf Gebiete außerhalb des NATO-Gebiets, also „out of area“, Anfang der 90er Jahre, als in den noch heimlichen Verteidigungspolitischen Richtlinien 1992 der Aufbau von so genannten Krisenreaktionskräften verkündet wurde, also von schnellen Eingreiftruppen für den weltweiten Einsatz. Dafür bedurfte es neuer Waffensysteme und

---

<sup>1</sup> Ursula von der Leyen, Weißbuch 2016, 143 Seiten, Vorbemerkung, S. 15, [www.BMVG.de](http://www.BMVG.de)

Ausrüstungen. Diese qualitative Aufrüstung ist seit über 20 Jahren im Gang und bei weitem nicht abgeschlossen. Ich erspare uns die Darstellung im Einzelnen, möchte nur kurz mit der Legende aufräumen, dass das vorhandene Bundeswehrmaterial alt, unbrauchbar und kaum einsatzfähig sei.

Hören wir Heeresinspekteur Vollmer im Februar 2016: Das Heer verfüge „über modernes Gerät, welches uns angesichts sehr unterschiedlicher Bedrohungslagen in den verschiedenen Einsatzgebieten flexibel, reaktionsfähig, vor allem aber durchsetzungsfähig macht. Wir verfügen gerade hier über eine weitgehend bedarfsgerechte Ausstattung.“<sup>2</sup> Und der zweite O-Ton: Ministerin von der Leyen sagte im Sommer 2016: „Die Bundeswehr gehört [...] zu den stärksten Armeen dieser Welt.“<sup>3</sup>

Klar ist, dass die Regierungen die Bundeswehr seit über zwei Jahrzehnten auf einen weltweiten Einsatz ausrichten und systematisch dafür eine Bewaffnung beschaffen, die dies ermöglicht.

### **Warum ein neues Weißbuch?**

Kommen wir zur Eingangsfrage zurück. Weshalb jetzt ein neues Weißbuch? Die Begründung für die Neufassung eines Weißbuches gab im Februar 2015 Ministerin von der Leyen. Sie wies hin auf die „Umwälzungen im Nahen Osten und auf die aggressive Politik Russlands in Osteuropa“<sup>4</sup>. Diese würden die deutsche Sicherheitslage beeinflussen. Sekundiert von ihrem Kollegen Steinmeier und vom Bundespräsidenten hatte sie ein Jahr zuvor schon auf der „Münchner Sicherheitskonferenz“ gefordert, Deutschland müsse stärkere außenpolitische Verantwortung übernehmen, und angekündigt das Land „wolle seine sicherheitspolitische Führungsverantwortung ‚aus der Mitte heraus‘ wahrnehmen.“<sup>5</sup>

Damals wie heute kein Wort zur deutschen Kriegsunterstützung: Schweigen zum deutschen Ja im NATO-Rat zum Krieg gegen Libyen (trotz Enthaltung im UN-Sicherheitsrat), keine Selbstkritik an der aktiven Rolle Deutschlands im Rahmen der „Freunde Syriens“, um die syrische Regierung zu stürzen (unter Einschluss kriegerischer Mittel; kein Wort zur deutschen Rolle, der ukrainischen Regierung unter Janukowitsch ein EU-Assoziierungsabkommen aufzunötigen, was die Spaltung des Landes manifestiert; kein Wort zum Rechtsputsch in Kiew. Eine Evaluation des deutschen Kriegseinsatzes in Afghanistan, der während 13 Jahren prägend für die Bundeswehr war, sucht man vergebens. Der deutsche Anteil an den Kriegen und Krisen der jüngeren Geschichte wird völlig ausgeblendet.

Das Weißbuch 2016 kam am 13. Juli heraus und umfasst 143 Seiten. Alles daraus wiederzugeben, sprengt den Zeitrahmen, würde auch mehr vernebeln, denn Einsichten fördern. Ich beschränke mich auf das Wesentliche – oder, was ich dafür halte. Insbesondere auf Veränderungen gegenüber dem letzten Weißbuch von 2006, die zum Teil gravierend sind.

### **Deutschland als „Gestaltungsmacht“**

Um die Bevölkerung über die Neuerungen des Weißbuches ins regierungsgenehme Bild zu setzen, wurde Ende Mai ausgewählten transatlantisch ausgerichteten deutschen Leitmedien der Entwurf des

---

<sup>2</sup> Generalleutnant Jörg Vollmer, Inspekteur des Heeres: „Schnell, Durchsetzungsfähig, Kampfstark. Elemente der Ausrichtung des Deutschen Heeres“; in: Infobrief Heer, Februar 2016; [http://www.fkhev.de/fileadmin/user\\_upload/daten/infobriefheer/InfoBriefHeer\\_1-2016.pdf](http://www.fkhev.de/fileadmin/user_upload/daten/infobriefheer/InfoBriefHeer_1-2016.pdf)

<sup>3</sup> Ursula von der Leyen, Interview in Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 24.07.2016.

<sup>4</sup> FAZ 18.2.2015

<sup>5</sup> FAZ 18.2.2015

Weißbuches überreicht. Die FAZ, die Süddeutsche und Springers „Die Welt“ machten ausgiebig Gebrauch von ihrem Exklusivrecht – noch vor den Abgeordneten des Deutschen Bundestages. Das Verteidigungsministerium, welches die Federführung bei der Erstellung des Weißbuches hatte, versprach sich davon offenbar, dass ihr Werk von den geeigneten Journalisten ins rechte Licht gerückt werde. Wie wurde das umgesetzt? Die FAZ titelte: „Weißbuch: Deutschland als Gestaltungsmacht.“<sup>6</sup> Stefan Kornelius resümiert in der Süddeutschen: „Das neue Weißbuch ist – gemessen an seinen Vorgängern – von neuer Klarheit. Noch nie seit dem Zweiten Weltkrieg hat sich das Land so deutlich zu seiner führenden Rolle in der Welt (*sic!*) bekannt und daraus auch eine sicherheitspolitische Verpflichtung abgeleitet.“<sup>7</sup>

Die FAZ schreibt: „Der neue Text [...] sieht Deutschland ‚aufgrund seiner wirtschaftlichen, politischen und militärischen Bedeutung‘ in der Verantwortung, ‚die globale Ordnung aktiv mitzugestalten‘. In Europa werde Deutschland zunehmend als globaler Akteur wahrgenommen: Daraus ergäben sich wachsende Handlungsmöglichkeiten, aber auch größere Verantwortung.“ Dazu eine Anmerkung: Es ist eine seit 25 Jahren praktizierte Methode, den eigenen Machtanspruch hinter Forderungen, die von anderen kommen, zu verstecken. Am deutlichsten hatte den eigenen weltweiten Machtanspruch bereits Verteidigungsminister Rühle in den Verteidigungspolitischen Richtlinien (VPR) 1992 formuliert:

„Wenn [...] der Frieden gefährdet ist, muss Deutschland auf Anforderung der Völkergemeinschaft auch militärische Solidarbeiträge leisten können. Qualität und Quantität der Beiträge bestimmen den politischen Handlungsspielraum Deutschlands und das Gewicht, mit dem die deutschen Interessen international zur Geltung gebracht werden können.“<sup>8</sup> Das heißt im Klartext: Je mehr Bundeswehr in Auslandseinsätze geschickt wird, desto größer ist die deutsche Machtausbreitung weltweit. Oder wie es das neue Schwarzbuch zur Bundeswehr der LINKEN auf den Punkt bringt: „Militärische Potenz schafft politischen Einfluss.“<sup>9</sup>

Weiter schreibt die FAZ: „Im vorigen [...] Weißbuch [...] war bescheidener noch von einer ‚wichtigen Rolle‘ Deutschlands ‚für die künftige Gestaltung Europas‘ die Rede, ergänzt um ein unbestimmtes ‚und darüber hinaus‘. Damals wurde die traditionelle Formel wiederholt, Deutschland wolle in EU und NATO ein ‚verlässlicher Partner sein‘. Der aktuelle Text hingegen greift viel weiter aus“, schreibt die FAZ. Zitat aus dem Weißbuch: „Deutschlands sicherheitspolitischer Horizont ist global. Dieser umfasst ausdrücklich auch den Cyber-, Informations- und Weltraum.“<sup>10</sup>

Kornelius fasst in der Süddeutschen zusammen: „Da präsentiert sich eine selbstbewusste und fordernde Nation, die eigene Spuren in der Sicherheitspolitik ziehen möchte und einen Anspruch anmeldet zur Gestaltung Europas und der westlichen Bündnisse. Das hat zwar jede Bundesregierung bisher auch schon getan – nur so deutlich gesagt hat es noch keine.“<sup>11</sup>

---

<sup>6</sup> FAZ 27.5.2016, Seite 1

<sup>7</sup> Süddeutsche Zeitung 13.6.2016

<sup>8</sup> <http://www.ag-friedensforschung.de/themen/Bundeswehr/vpr1992.html>

<sup>9</sup> DIE LINKE im Bundestag, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Schwarzbuch, Kritisches Handbuch zur Aufrüstung und Einsatzorientierung der Bundeswehr, September 2016, 124 Seiten, S. 42, <https://www.rosalux.de/publication/42571/schwarzbuch.html>

<sup>10</sup> Weißbuch 2016, S. 56

<sup>11</sup> Süddeutsche Zeitung 13.6.2016

## Deutsche Interessen

Kornelius hebt hervor, dass bei der Interessendefinition Deutschlands „an dritter Stelle bereits – Prosperität und ungehinderter Welthandel“ stehen. „Will heißen“, so der Außenpolitik-Chef der Süddeutschen: „Die Freiheit der Meere und die Versorgung mit Rohstoffen stehen im Interessenkatalog ganz oben.“<sup>12</sup> Eine Anmerkung dazu: Auf Bundeswehreinsätze im wirtschaftlichen Interesse haben wir Friedensbewegte vom ersten Tag an, und das waren die VPR von 1992, kritisch aufmerksam gemacht. Nun zeigt sich, wie ernst das Interesse gemeint war und ist.

## Russland: Vom Partner zum Rivalen!?

Gravierend sind die Haltungsänderungen gegenüber Russland. Während noch im Weißbuch 2006 das Ziel war, „eine dauerhafte und belastbare Sicherheitspartnerschaft mit Russland zu entwickeln und zu vertiefen“<sup>13</sup> und von Russland als „herausgehobener Partner von NATO und EU“<sup>14</sup> gesprochen wurde, stellt das neue Weißbuch fest, Russland wende „sich [...] von einer engen Partnerschaft mit dem Westen ab“ und betone „strategische Rivalität.“<sup>15</sup>

Ohne das russische Verhalten auch nur ansatzweise in einen historischen Kontext zu stellen - um hier nur die augenfälligsten Geschehnisse zu benennen: die NATO- und EU-Osterweiterungen, die Weigerung der NATO, den angepassten KSE-Abrüstungsvertrag zu ratifizieren, die Kündigung des ABM-Vertrages durch die USA, die US-Aufrüstung zum „Prompt-Global-Strike“, die Modernisierung der US-Atomwaffen oder die versprochene Mitgliedschaft der Ukraine in der NATO - postuliert das Weißbuch, Russland stelle „die europäische Friedensordnung offen in Frage“, indem es bereit sei „die eigenen Interessen“ auf der Krim und in der Ostukraine „gewaltsam durchzusetzen.“ Dies habe „tiefgreifende Folgen für die Sicherheit in Europa und damit auch für die Sicherheit Deutschlands.“<sup>16</sup> Auf den Punkt bringt es Stefan Kornelius in der Süddeutschen: „Seit dem Kalten Krieg hat keine Bundesregierung so eindeutig ein Land als bedrohlich gezeichnet.“<sup>17</sup>

Wörtlich heißt es im Weißbuch: „International präsentiert sich Russland als eigenständiges Gravitationszentrum mit globalem Anspruch. Hierzu gehört auch eine Erhöhung russischer militärischer Aktivitäten an den Außengrenzen von Europäischer Union und Nordatlantischer Allianz. Im Zuge einer umfassenden Modernisierung seiner Streitkräfte scheint Russland bereit, an die Grenzen bestehender völkervertraglicher Verpflichtungen zu gehen. Der zunehmende Einsatz hybrider Instrumente zur gezielten Verwischung der Grenze zwischen Krieg und Frieden schafft Unsicherheit in Bezug auf russische Ziele. [...] Ohne eine grundlegende Kursänderung wird Russland somit auf absehbare Zeit eine Herausforderung für die Sicherheit auf unserem Kontinent darstellen. Zugleich verbindet Europa mit Russland aber nach wie vor ein breites Spektrum gemeinsamer Interessen und Beziehungen.“<sup>18</sup> Deshalb wird später im Weißbuch betont: „Deutschland hält am langfristigen Ziel einer strategischen Partnerschaft zwischen der NATO und Russland fest. Bis auf Weiteres erfordert die derzeitige Politik der Russischen Föderation, für die beispielhaft die Annexion der Krim steht und die in ihrer aktuellen Doktrin die NATO zur Gefahr erklärt, einen Doppelansatz:

---

<sup>12</sup> Ebenda. Zuerst stehen: (1) Schutz der Bürger und des Landes, (2) Schutz der Verbündeten

<sup>13</sup> Weißbuch 2006, 149 Seiten, S. 10 und S. 23, [www.BMVG.de](http://www.BMVG.de)

<sup>14</sup> Weißbuch 2006, S. 55

<sup>15</sup> Weißbuch 2016, S. 32

<sup>16</sup> Weißbuch 2016, S. 31

<sup>17</sup> Süddeutsche Zeitung 13.6.2016

<sup>18</sup> Weißbuch 2016, S. 32

Dieser besteht aus glaubwürdiger Abschreckung und Verteidigungsfähigkeit sowie aus der Bereitschaft zum Dialog.<sup>19</sup> Hier zaubert die NATO wieder einen alten Hut aus dem Kalten Krieg hervor. Der „Harmel-Bericht“ von 1967 sah die Gleichzeitigkeit von sehr aggressiver (atomarer) NATO-Aufrüstung und Gesprächsangebote an die Sowjetunion vor. Das mündete zwar einerseits in den KSZE-Prozess, löste andererseits jedoch einen bis dato unbekanntem atomaren NATO-Aufrüstungsboom aus, der die Welt mit dem „Victory-is-Possible“-Programm unter US-Präsident Reagan in den 1980er Jahren an den Rand des Atomkriegs brachte. Strategische Partnerschaft sieht komplett anders aus.

### **Verdopplung des deutschen Rüstungshaushalts ....**

Das Weißbuch ist meist allgemein formuliert, bleibt oft im Ungefähren, wo es jedoch ums Geld geht, wird es konkret. Gleich an zwei Stellen wird hervorgehoben, dass Deutschland dem Ziel verpflichtet bleibe, seinen Wehretat ‚langfristig‘ an die Zielgröße von zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) ‚anzunähern‘.<sup>20</sup> „Langfristig“ bedeutet übersetzt: bis 2024. Denn auf dem NATO-Gipfel in Wales 2014 wurde dieses Ziel mit einer Laufzeit von 10 Jahren mit Zustimmung der Kanzlerin bekräftigt. Für Deutschland würde das den Wehretat gewaltig erhöhen. Nach NATO-Kriterien betragen 2014 die deutschen Militärausgaben 34,7 Mrd. Euro, was einem Anteil von 1,19 Prozent am BIP<sup>21</sup> von damals 2.920 Mrd. Euro bedeutet. Bei einem Anstieg auf 2 Prozent am BIP errechnen sich rund 60 Milliarden Euro Militärausgaben für das Jahr 2024, wenn das BIP bei den derzeitigen rund 3.000 Mrd. Euro verharren würde.<sup>22</sup> Aber das BIP steigt. Die Bundesregierung legt in ihrem Finanzplan für 2020 einen BIP-Wert von 3.566 Mrd. Euro<sup>23</sup> zugrunde. Setzt man diese Projektion bis 2024 fort, läge der deutsche BIP-Wert dann bei 4.000 Mrd. Zwei Prozent davon sind sage und schreibe 80 Milliarden Euro.

Wie ernst ist es der Bundesregierung mit diesem Vorhaben? Bundeskanzlerin Merkel bekräftigte in ihrer Regierungserklärung am 6.7.2016 noch einmal das Zwei-Prozent-Ziel und betonte, dass die Regierung just am Vortag „im neuen Finanzplan [...] eine signifikante Erhöhung von 37,1 Milliarden Euro im Jahr 2016 auf rund 39 Milliarden Euro im Jahr 2017“<sup>24</sup> vorsehe. Merkel verwendete Zahlen nach NATO-Kriterien. Genau sind es 39,3 Milliarden. Aber dabei ist es nicht geblieben. Denn in der sogenannten Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses am 21.11. wurde nochmal draufgesattelt. In 2017 sollen nach NATO-Kriterien 40,3 Milliarden Euro<sup>25</sup> ausgegeben werden. Der prozentuale Anstieg beträgt 8,2 Prozent im Vergleich zu 2016. Ein enormer Prozentsatz! Der Anteil der Rüstungsausgaben am BIP steigt 2017 damit wahrscheinlich auf etwa 1,3 Prozent.

Bis zum Zwei-Prozent-Ziel ist es in den noch verbleibenden sieben Jahren bis 2024 ein weiter Weg. Deshalb beeilte sich Ministerin von der Leyen auch mit der Aussage, dass sich dieser Anstieg

---

<sup>19</sup> Weißbuch 2016, S. 66

<sup>20</sup> Weißbuch 2016, S. 67 und S. 117

<sup>21</sup> NATO, Defence Expenditures of NATO Countries (2009 – 2016) Communique PR/CP(2016) 116, 4.7.2016, 11 Seiten, Tabelle 1 und Grafik 2

<sup>22</sup> Deutsches BIP 2015: 3025,9 Mrd. Euro, Finanzplan des Bundes 2016 bis 2020, Drucksache 18/9201, 11. 8. 2016, 92 Seiten, Seite 8, <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/092/1809201.pdf>

<sup>23</sup> Finanzplan des Bundes 2016 bis 2020, 11. 8. 2016, 92 Seiten, Seite 8, <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/092/1809201.pdf>

<sup>24</sup> Angela Merkel, Regierungserklärung, 7.7.2016, Deutscher Bundestag, Protokoll, S. 17979 bis 17983, Seite 17983

<sup>25</sup> Zusammensetzung der deutschen Militärausgaben 2017 nach NATO-Kriterien: Einzelplan 14: 37,004 Mrd. Euro (2016: 34,3 Mrd.) + Bundespolizei 3,324 Mrd. Euro (2016: 2,951 Mrd.) + Wehrbeauftragter 4,56 Mio. Euro (2016: 4,532 Mio.)

„verstetigen muss“.<sup>26</sup> Ganz klar ist: Die Regierung arbeitet mit Nachdruck an der Umsetzung des Zwei-Prozent-Ziels. Ein Vergleich darf hier nicht fehlen: Für offizielle Entwicklungshilfe wendet die Bundesrepublik gerademal 0,52 Prozent des BIP<sup>27</sup> auf und bleibt dabei weit unter der UNO-Forderung von 0,7 Prozent.

#### **....finanziert durch Sozialabbau**

Der angestrebte Anstieg des Rüstungshaushalts erhöht seinen Anteil am Bundeshaushalt, so dass andere Ressorts bluten müssen. Das bedeutet massive Einschnitte im sozialen Bereich zugunsten des Militärs. Wie das geht, wurde schon in der Haushaltsdebatte deutlich. Der grüne Abgeordnete Kindler machte darauf kritisch aufmerksam, dass in der Bereinigungssitzung kurzerhand 1,5 Milliarden für fünf neue Korvetten gebilligt, jedoch gleichzeitig den Jobcentern 300 Millionen von den Mitteln für Arbeitsmarktintegration von Arbeitslosen und Langzeitarbeitslosen gekürzt worden seien.<sup>28</sup>

#### **Vor allem: mehr Geld für Waffen**

Im Weißbuch gibt es noch eine zweite bemerkenswerte Zahl: Die Bekräftigung des NATO-Ziels, dass mittelfristig 20 Prozent der Militärausgaben für militärische Investitionen ausgegeben werden sollen.<sup>29</sup> 2015 lag der Anteil bei 13,3 Prozent.<sup>30</sup> Auch dies ist ein weiter Weg der Aufrüstung. Jedoch hatte von der Leyen bereits im Januar 2016<sup>31</sup> angekündigt, bis 2030 für 1.500 Rüstungsprojekte insgesamt 130 Milliarden Euro ausgeben zu wollen. Was bedeutet das? Zunächst rechnerisch, dass durchschnittlich jedes Jahr knapp 8,67 Milliarden Euro für neue Waffen und Ausrüstungen, ihre Forschung, Entwicklung und Erprobung<sup>32</sup> ausgegeben werden sollen. 2016 waren dafür 5,32 Milliarden Euro im Bundeshaushalt vorgesehen. Für 2017 kündigte von der Leyen eine Steigerung um „gut 10 Prozent“ auf rund 6 Milliarden<sup>33</sup> an.

Klar ist: Zukünftig ist mit einem markant stärkeren und einsatzfähigeren Waffenarsenal der Bundeswehr zu rechnen als heute.

#### **Deutschland: EU-Führungsmacht**

Was bedeutet das für die deutsche Stellung in Europa, wenn Merkels Pläne aufgehen? Unter der Voraussetzung, dass auch Frankreich und Großbritannien zwei Prozent ihres BIPs für das Militär ausgeben würden, würde Deutschland beide Länder überholen. Denn Frankreichs BIP lag 2015 um 38 Prozent unter dem deutschen, das britische um 18,5 Prozent darunter. Großbritannien scheidet aus der EU aus, so dass Deutschland innerhalb der EU deutlich die stärkste Militärmacht würde und

---

<sup>26</sup> Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll vom 23.11.2016, S. 20228f, <http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/18/18202.pdf>

<sup>27</sup> FAZ 30.11.2016

<sup>28</sup> Sven-Christian Kindler, Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll vom 22.11.2016, S. 20056, <http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/18/18201.pdf>

<sup>29</sup> Weißbuch 2016, S. 117

<sup>30</sup> NATO Press Release, Communique PR/CP (2016) 011, Defence Expenditures of NATO Countries (2008 – 2015), 28.1.2016, 12 Seiten, S. 9.

<sup>31</sup> FAZ 28.1.2016, „Langfristige Verstetigung“ höherer Ausgaben

<sup>32</sup> Ingo Gädechens, (CDU), Mitglied im Verteidigungsausschuss des Bundestages, Die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr, Europäische Sicherheit und Technik 4/2016, 98 Seiten, S.10 bis 12, S. 12. Gädechens gibt an, dass in der Summe 130 Mrd. Euro Ausgaben für den Materialerhalt nicht enthalten sind.

<sup>33</sup> Ursula von der Leyen, Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll vom 23.11.2016, S. 20229, <http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/18/18202.pdf>

innerhalb der europäischen NATO-Länder knapp vor den Briten liege. Ergo: Das Weißbuch stellt die Weichen zu einer deutschen militärischen Großmacht mit weltpolitischem Gestaltungsanspruch – innerhalb von NATO und EU versteht sich.

Auffallend häufig, und das ist ein Novum in der Bundeswehrgeschichte, wird im Weißbuch die Bereitschaft formuliert, bei Militäreinsätzen die Führung übernehmen zu wollen : „Deutschland ist bereit, sich früh, entschieden und substanziell als Impulsgeber in die internationale Debatte einzubringen, Verantwortung zu leben und Führung zu übernehmen. Dazu gehört auch die Bereitschaft, zur Bewältigung heutiger und zukünftiger sicherheitspolitischer sowie humanitärer Herausforderungen beizutragen.“<sup>34</sup> Konkret steht dazu im Weißbuch: „Auch als Führungsnation – zur NATO Response Force mit ihrer 2014 beschlossenen und mittlerweile voll einsatzfähigen besonders schnell verlegbaren Eingreiftruppe (VJTF).“<sup>35</sup> Gemeint ist die „superschnelle Speerspitze“.

### **Ziel: EU-Armee**

Die Süddeutsche beschäftigt sich mit der EU-Militarisierung. Neu sei im Weißbuch zweierlei, schreibt die SZ: „Erstens ist die Konkurrenz zwischen NATO und EU verschwunden, Berlin gibt der NATO in militärischen Fragen Priorität. Und zweitens tut sich allerhand in Sachen Verzahnung und Aufgabenteilung mit den europäischen Nachbarn.“ Bemerkenswert sei dabei, „was nicht im Weißbuch steht,“ so die Süddeutsche. „Während sich im Koalitionsvertrag von 2013 noch das hehre Ziel einer europäischen Armee findet (,Wir streben einen immer engeren Verbund der europäischen Streitkräfte an, der sich zu einer politisch kontrollierten europäischen Armee weiterentwickeln kann‘), so verschreibt sich die Bundesregierung jetzt dem Realismus.“ So die SZ. Und weiter: „Die europäische Armee ist jedenfalls gestrichen, stattdessen wird durch Rangfolge und Wortwahl klar, dass militärische Sicherheit Sache der NATO ist, inklusive nuklearer Abschreckung und Raketenabwehr.“<sup>36</sup>

Der Autor übersieht etwas. Das Weißbuch formuliert tatsächlich weit hinten im Text als „Fernziel deutscher Sicherheitspolitik [...] eine Europäische Sicherheits- und Verteidigungsunion“<sup>37</sup> und das schließt natürlich eine Europa-Armee ein.

Richtig ist jedoch: Zunächst geht es der Bundesregierung um die Stärkung der NATO in Europa: Im Weißbuch heißt es: „Die Bedeutung des europäischen Pfeilers in der NATO wächst. Die europäischen Mitgliedstaaten sind gefordert, mehr Verantwortung zu übernehmen – auch im Sinne einer ausgewogeneren Lastenteilung. Gerade Deutschland übernimmt hierbei besondere Verantwortung.“<sup>38</sup> Allerdings werde dadurch „zugleich die Handlungsfähigkeit von NATO und EU (Hervorhebung L.H.)“<sup>39</sup> gestärkt, wie es hinten im Weißbuch heißt. Das deshalb, weil 21 europäische Staaten zugleich Mitglied von EU und NATO sind.

Der EU-Austritt Großbritanniens beschleunigt nun allerdings den Weg zu einer verstärkten militärischen Zusammenarbeit in der EU und ist im Weißbuchtext unberücksichtigt.

---

<sup>34</sup> Weißbuch 2016, S. 23

<sup>35</sup> Weißbuch 2016, S. 78

<sup>36</sup> Süddeutsche Zeitung 13.6. 2016

<sup>37</sup> Weißbuch 2016, S. 139

<sup>38</sup> Weißbuch 2016, S. 67

<sup>39</sup> Weißbuch 2016, S. 138

Von der Leyen machte deutlich, dass die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU nun vorankommen müsse, denn Großbritannien habe diese gelähmt. Zusammen mit ihrem französischen Kollegen Le Drian legte sie am 12.9. 2016 einen EU-Plan vor. Darin geht es ihnen unter anderem um die Einrichtung eines zivil-militärischen Hauptquartiers, die Stärkung des EUOKORPS, den verbesserten Austausch von Satellitenbildern und die Entwicklung strategischer Transportfähigkeiten in Luft, auf See und an Land. Sie betonen, „dass eine stärkere und leistungsfähigere Europäische Verteidigung gleichzeitig eine Stärkung der NATO darstellt“. <sup>40</sup> Dem schlossen sich später im Wesentlichen auch ihre italienischen und spanischen Kollegen an. Ausdrücklich steht im Papier: „Um es klar zu sagen: Eine ‚EU-Armee‘ ist nicht unser Ziel.“ <sup>41</sup> Ich frage mich, wie lange? Denn es gibt prominente Stimmen, die den Militarisierungsweg als Vorstufe zu einer EU-Armee begreifen. Hier eine Auswahl: So Vizekanzler Gabriel Anfang Juli („Ziel müsste eine gemeinsame europäische Armee sein.“ <sup>42</sup>), auch Ungarn und Tschechien machen solche Vorstöße. Und kein geringerer als EU-Kommissionspräsident Juncker mahnte Mitte November: „wir (brauchen) einen neuen Anlauf in Sachen europäischer Verteidigungsunion bis hin zu dem Ziel der Einrichtung einer europäischen Armee.“ <sup>43</sup> Volker Kauder, CDU/CSU-Fraktionschef forderte drei Tage danach: „Jetzt sollten die Weichen für eine europäische Armee gestellt werden.“ <sup>44</sup>

Und auch das Europäische Parlament sieht die Zeit gekommen, der Europäischen Verteidigungsunion <sup>45</sup> einen Impuls zu geben. Zwar betont das EU-Parlament in ihrer Entschließung die strategische Partnerschaft der EU mit der NATO, „besteht jedoch (auch) darauf, dass die EU danach streben sollte, [...] wirklich in der Lage zu sein, sich selbst zu verteidigen und eigenständig zu handeln, sollte dies erforderlich sein, und durch die Verbesserung von Ausrüstung, Ausbildung und Organisation mehr Verantwortung in dieser Hinsicht“ zu übernehmen. Martialische Aussagen wie Europa strebe eine „Strategische Autonomie“ an (Frankreichs Verteidigungsminister Le Drian) oder Europa sei schon eine Supermacht (Außenbeauftragte Mogherini) unterstreichen, in welche Richtung die fortgesetzte EU-Militarisierung gehen soll. So sagte Kommissionspräsident Juncker bei der Verkündung des Plans, einen „Europäischen Verteidigungsfonds“ einzurichten, „aus dem Mittel für Forschung und Entwicklung, aber auch den gemeinsamen Ankauf militärischer Güter wie Drohnen und Kampfhubschrauber fließen sollen“: „Eine starke wettbewerbsfähige Verteidigungsindustrie wird uns zu strategischer Autonomie verhelfen.“ <sup>46</sup>

Ein Anfang Dezember zwischen EU und NATO vereinbartes Maßnahmenbündel von 42 Programmpunkten für eine engere Kooperation widerspricht nicht den Autonomiezielen der EU. In 7 Feldern sollen die Kooperationen vertieft werden: Das sind die Abwehr „hybrider Bedrohungen“, die operative Zusammenarbeit bei der Flüchtlingsabwehr und bei der Cybersicherheit. Im Bereich der „Verteidigungsfähigkeit“ soll sich bei Lufttransport, Satellitenkommunikation oder Drohnen gegenseitig ergänzt werden. Im Bereich Rüstungsforschung soll ein engerer Dialog geführt werden, Kriegsübungen sollen „parallel und koordiniert“ durchgeführt werden. Und schließlich soll der Aufbau von Militärkapazitäten in anderen Ländern koordinierter erfolgen. Als Beispiele werden

<sup>40</sup> Erneuerung der GSVP, Hin zu einer umfassenden und glaubwürdigen Verteidigung der EU, 6 Seiten, S. 5

<sup>41</sup> Spiegel online.de 12.10.16, Größte EU-Armeen sollen zusammenarbeiten.

<sup>42</sup> Sigmar Gabriel, Egoismus macht Europa kaputt, [www.NOZ.de](http://www.NOZ.de) 2.7.16

<sup>43</sup> FAZ 11.11.2016

<sup>44</sup> FAZ 14.11.2016, Kauder: Weichen für europäische Armee jetzt stellen.

<sup>45</sup> Entschließung des Europäischen Parlaments vom 22. November 2016 zu der europäischen Verteidigungsunion ([2016/2052\(INI\)](http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P8-TA-2016-0435+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE), <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P8-TA-2016-0435+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>)

<sup>46</sup> FAZ 1.12.2016 EU für strategische Autonomie



Tunesien, Jordanien, Georgien, die Ukraine und die Balkanstaaten genannt.<sup>47</sup> So nimmt die EU-Militarisierung ihren beschleunigten Lauf.

### **„Ertüchtigung“ – Cyberwar – Ad-hoc-Kooperationen - Einsatz im Innern**

Zum Schluss noch vier weitere wichtige Inhalte des Weißbuchs. Da geht es um den Begriff „Ertüchtigung“,<sup>48</sup> der ein zunehmend wichtiges Element der Militarisierung wird. Gemeint ist damit, Armeen fremde Länder zu beraten, auszubilden und militärisch auszurüsten. Konkret geht es um Einsätze im Nord-Irak, in Mali oder Somalia, wo in deutschem Interesse Einheimische von Bundeswehrsoldaten an deutschen Waffen in der Kriegskunst „ertüchtigt“ werden.

Ein weiteres zunehmend bedeutsameres Handlungsfeld der Bundeswehr wird der Cyberwar. Dem sind mehrere Seiten im Weißbuch gewidmet. Dabei geht es nicht nur um die Abwehr von Cyberangriffen, sondern auch um eigene Cyberangriffe: Zitat aus dem Weißbuch: „Die Verteidigung gegen derartige Angriffe bedarf auch entsprechender defensiver und offensiver Hochwertfähigkeiten, die es kontinuierlich zu beüben und weiterzuentwickeln gilt.“<sup>49</sup>

Bemerkenswert ist auch: Die Regierung setzt sich für „Ad-hoc-Kooperationen“ ein.<sup>50</sup> Das heißt, Koalitionen der Krieger-Willigen wie beim Irak-Krieg 2003 oder die derzeitige Syrien-Koalition, die von den USA geführt wird. Ihre Gemeinsamkeit: Kriegsführung ohne UN-Mandat. Daran will sich die Regierung ebenso beteiligen wie an UNO-, NATO-, oder EU-Militäreinsätzen. Offensichtlich soll Völkerrechtsbruch zur Dauereinrichtung werden.

Zum Bundeswehreinsatz im Innern schreibt die FAZ: „Bei der Frage des Einsatzes der Bundeswehr im Innern im Falle eines terroristischen Anschlags sind ursprüngliche Formulierungen abgewandelt worden. Während ursprünglich eine Weiterentwicklung der Einsatzmöglichkeiten für erforderlich gehalten wurde, wird nun präzisiert, unter welchen Umständen bei einem Anschlag die Bundeswehr nach den geltenden verfassungsrechtlichen Regeln im Inland tätig werden kann. Diese Präzisierungen enthalten den Hinweis, dass solche Hilfseinsätze, bei denen Soldaten die Polizei unterstützen würden, gemeinsam geübt werden müssten.“<sup>51</sup> Die erste Übung – ein mehrstufiges, realistisches Anschlagsszenario - unter Beteiligung von sechs Bundesländern ist für März 2017 angesetzt<sup>52</sup>. Wissen muss man: Die CDU/CSU versucht beständig den Inneneinsatz der Bundeswehr auszuweiten, die SPD hält – noch – dagegen.

### **Fazit**

Das Weißbuch markiert eine epochale Weichenstellung: Erheblich mehr Rüstung und Auslandseinsätze sollen einen machtpolitischen Anspruch Deutschlands vor allem im Rahmen von NATO und EU weltweit durchsetzen. Mittels einer Verdopplung des Rüstungshaushalts werden

---

<sup>47</sup> 6.12.2016, EU und NATO bündeln ihre Kräfte, <http://www.heute.de/eu-und-nato-wollen-enger-kooperieren-46052584.html>

<sup>48</sup> Weißbuch 2016, S. 52

<sup>49</sup> Weißbuch 2016, S. 93

<sup>50</sup> Weißbuch 2016, S. 81 f

<sup>51</sup> Johannes Leithäuser, Ordnung muss ein, FAZ 27.5.2016

<sup>52</sup> Südwestrundfunk, 28.11.2016, Teilnehmende Länder: Ba-Wü, HB, NRW, BAY, SL, S-H, <http://www.swr.de/landesschau-aktuell/bw/stuttgart-termin-fuer-anti-terror-uebung-steht-fest/-/id=1622/did=18564944/nid=1622/evw482/>

militärische Instrumente dafür in wenigen Jahren verfügbar gemacht. Es sei denn, diese düstere Aussicht setzt Gegenkräfte frei, die das verhindern.